



**deutsch-belarussische gesellschaft e.V. (dbg)**

**Geschäftsbericht des Vorstands für den Zeitraum  
Juni 2017 – November 2018**

**Durchgeführte Veranstaltungen:**

- 27.06.2017 Mitgliederversammlung in Berlin
- 25.09.2017 Abenddiskussion zum Thema „Zwischen Ökonomie und Ökologie: Was bewegt die Belarussen und was hat das mit Europa zu tun?“ in Berlin in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und der Europäischen Akademie Berlin (EAB)
- 16.-18.11.2017 Minsk Forum XV: „Belarus, Deutschland und EU: Östliche Partnerschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaftsbeziehungen“ in Minsk
- 06.03.2018 Sitzung des Arbeitskreises Östliche Partnerschaft/Belarus in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin als Kooperationsveranstaltung des Auswärtigen Amtes, der dbg und der Berliner Repräsentanz des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks (IBB)  
\*geschlossene Veranstaltung\*
- 25.04.2018 Filmvorführung, Eröffnung der Fotoausstellung und Diskussion zum Thema „Ostarbeiter: Zwangsarbeiter aus Belarus. Die Rückkehr ins Leben“ in Berlin in Kooperation mit ostPost Berlin, DOM - deutsch-russisches Haus für Begegnung, Bildung und Kultur in Landshut e.V. und Jugendorganisation „Historyka“ (Belarus)
- 28.05.2018 Abenddiskussion zum Thema „100 Jahre belarussische Staatlichkeit: Das Verhältnis von Staat und Nation“ in Berlin in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO)
- 29.06.2018 Prof. Dr. Rainer Lindner, nimmt als Sondergast des Bundespräsidenten an der Eröffnung des Abschnitts der Gedenkstätte „Trascianec“ im Wald von Blagowschtschina, Belarus teil. Dr. Astrid Sahm nimmt daran als Geschäftsführerin des IBB Dortmund, und Dr. Kristiane Janeke als Mitarbeiterin der Geschichtswerkstatt in Minsk teil
- 28.09.2018 Dr. Astrid Sahm nimmt als Referentin an der Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltung anlässlich 25 Jahre Städtepartnerschaft Bonn-Minsk in

Bonn teil

- 10.10.2018 Abenddiskussion zum Thema „Östliche Partnerschaft: Reformprozesse und Möglichkeiten für regionale Kooperation“ in Berlin in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und der Europäischen Akademie Berlin (EAB)
- 22.-24.11.2018 Minsk Forum XVI: „Belarus und die EU – Die Zukunft der Partnerschaft: Dialog, Entwicklung und Digitalisierung“ in Minsk

## Laufende und abgeschlossene Projekte:

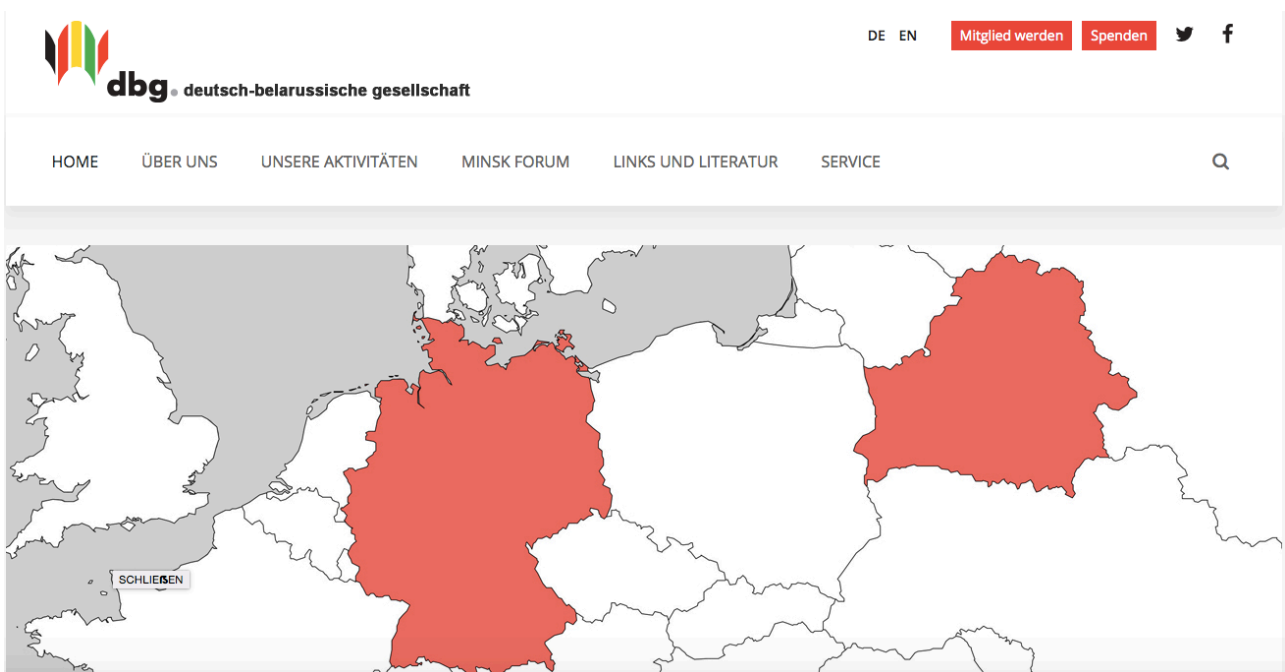
1.

### **Erstellung einer neuen Webseite der deutsch-belarussischen gesellschaft**

Förderer: Auswärtiges Amt

Laufzeit: September – Oktober 2018

Die neue Webseite findet man unter dem alten Webadresse: [www.dbg-online.org](http://www.dbg-online.org)



2.

### **Veranstaltungsreihe „Belarus zwischen globalen und regionalen Entwicklungen“**

Förderer: Auswärtiges Amt

Partner in Deutschland: Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

Laufzeit: April – Dezember 2018

Rolle der dbg: Antragsteller

Partner in Belarus: IBB "Johannes Rau", Büro für Europäische Expertise und Kommunikation

Kurze Beschreibung:

Aufbauend auf die erfolgreichen Erfahrungen aus dem Jahr 2017 (Projekt „Zukunftsforum Belarus“) führt die deutsch-belarussische Gesellschaft e.V. im Laufe des Jahres 2018 gemeinsam mit belarussischen und deutschen Partnern eine Reihe von thematischen öffentlichen Veranstaltungen in Deutschland sowie eine große internationale akteursübergreifende Konferenz (Minsk Forum XVI) in Belarus durch. Die geplanten Veranstaltungen sollen durch eine offene Diskussion und einen Erfahrungsaustausch einen kritischen Dialog und eine nachbarschaftsfreundliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland/EU und Belarus fördern sowie zur Entwicklung weiterer Kooperationsformate zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Belarus beitragen.

3.

### **Projekt „Förderung der unternehmerischen Tätigkeit von Frauen mit dem Schwerpunkt „Social Business“ in den Regionen Brest und Minsk (Belarus)“**

Förderer: Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Förderprogramm Belarus)

Laufzeit: März 2017 – März 2019

Rolle der dbg: Projektpartner

Weitere Projektpartner: CoopForum International GmbH (Berlin), Lokaler Fond für Regionalentwicklung (Brest) und Belarussischer Unternehmerverband (Minsk)

Kurze Beschreibung:

Das Projekt bietet Weiterbildungsangebote und internationalen Erfahrungsaustausch. Zudem trägt es zur Stärkung der Partnerschaft zwischen staatlichen und privaten Initiativen in den Zielregionen in Belarus bei. Die Zielgruppe sind Frauen, die bereit sind, sozialorientierte Unternehmen zu gründen und damit ihren gemeinnützigen Beitrag (social impact) zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu leisten.

Das Projekt umfasst u.a. die parallele Fortbildung von zwei Gruppen mit je 20 Teilnehmerinnen im Gebiet Brest und Gebiet Minsk sowie die Gründung von zwei Beratungszentren zur Förderung sozialorientierter und innovativer Frauenunternehmen in Belarus. Damit soll ein Beitrag zur sektorenübergreifenden Zusammenarbeit sowie Entwicklung von Vorschlägen und Konzepten zur Verbesserung von Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit von Frauen in Belarus geleistet werden.

4.

**Projekt: „Zwangsarbeiter aus Belarus während des 2. Weltkriegs in Deutschland und ihr Leben nach der Rückkehr in die Heimat“**

Förderer: Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

Laufzeit: April 2017 – Dezember 2018

Rolle der dbg: Projektpartner

Weitere Projektpartner: Organisation „Historyka“ (Belarus) und „DOM – deutsch-russisches Haus für Begegnung, Bildung und Kultur in Landshut“ (Deutschland)

Kurze Beschreibung:

Das Hauptziel des Projektes ist es, die Erinnerung an die Zwangsarbeit in den belarussischen und deutschen Gesellschaften anzuregen sowie historische Materialien und Information in Belarus zu sammeln und zu dokumentieren. Die Begegnungen mit den Zeitzeug\*innen und die Dokumentation ihrer Erlebnisse bilden das Kernstück der Projektarbeit. Im Laufe des Projektes werden ein Film zum Thema gedreht und eine Fotoausstellung produziert, die in Belarus und Deutschland öffentlich präsentiert werden. Darüber hinaus wird eine Studienreise von Journalist\*innen und Aktivist\*innen aus Deutschland nach Belarus stattfinden. Sie werden eine Woche an dem Projekt mitwirken und mit Zeitzeug\*innen und Expert\*innen der Erinnerungskultur ins Gespräch kommen.

## Anlage

### 1. Bericht über die Abenddiskussion „Zwischen Ökonomie und Ökologie: Was bewegt die Belarussen und was hat das mit Europa zu tun?“, 25.09.2017, Berlin

Die Lebenssituation vieler Belarussen ist von der schlechten wirtschaftlichen Situation im Lande geprägt. An den zahlreichen Protesten gegen die so genannte „Schmarotzersteuer“ im Frühjahr 2017 beteiligten sich denn auch zahlreiche Bürger – zum ersten Mal seit Jahrzehnten nicht nur in Minsk, sondern auch in den Regionen. Die Teilnehmer gehörten nicht zum „traditionellen“ Protestpublikum, das der Opposition nahesteht. Das überraschte sowohl die Regierung als auch die Opposition. Die Entscheidungsträger auf „beiden Seiten“ haben nur ein gering ausgeprägtes Gespür dafür, was die Menschen in Belarus tatsächlich beschäftigt, so **Dr. Aksana Schelest** (Zentrum für Europäische Transformation, Minsk).

Auch wenn die Proteste und ihre Folgen (zahlreiche Verhaftungen und Strafen für die Teilnehmenden) schnell vergessen waren, so sei doch offensichtlich, dass sich die meisten Belarussen eine Gesellschaftstransformation wünschten. Allerdings hätten sie keine klare Vorstellung davon, wie dies durchgeführt werden solle, so Schelest. Umfragen zufolge sehen viele den Staat in der Verantwortung – etwa in Form einer Planökonomie und der Subventionierung staatlicher Unternehmen. Die „pro-sowjetische“ Stimmung sei in der belarussischen Gesellschaft immer noch sehr stark, auch unter den jungen Menschen, so Schelest.

Insgesamt ließen sich drei Varianten im Umgang der Belarussen mit der Situation im Land unterscheiden: die Situation verändern zu wollen, sie zu dulden oder das Land zu verlassen. Immer mehr Belarussen entschieden sich für die dritte Option, vor allem gut ausgebildete Jugendliche. Bei denjenigen, die europäische Demokratiewerte teilen und in Belarus bleiben möchten, sei oft zu beobachten, dass sie sich vom politischen und gesellschaftlichen Leben distanzieren. Diese neue „Überlebensstrategie“ sei sehr destruktiv, demonstriere sie doch die Vertrauenskrise gegenüber dem Staat und dem Rechtssystem, aber auch gegenüber den unabhängigen NGOs, so Schelest. Gleichzeitig sei, so **Swjatlana Sinkewitsch** (Büro für Europäische Expertise und Kommunikation, Minsk), die Aktivität der Bürger in Belarus nicht unbedingt eine zivilgesellschaftliche Aktivität. In Belarus steige gegenwärtig landesweit die Zahl der informellen Bürgerinitiativen, etwa in Form von Crowdfunding-Kampagnen. Menschen seien beispielsweise bereit, für kulturelle und soziale Projekte zu spenden. Diese Tendenz solle vom Staat möglichst unterstützt werden, indem z. B. die Spendeneinnahmen von Steuern befreit werden und die Strafbarkeit einer Aktivität im Rahmen nicht-registrierter Organisationen abgeschafft werde.

### Staat und Zivilgesellschaft

Die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Belarus sei nach wie vor begrenzt. Allerdings würden inzwischen mehr Vertreter von NGOs in die „gesellschaftlichen Beratungsräte“ bei Ministerien und anderen staatlichen Institutionen eingeladen. Gleichzeitig gebe es nach wie vor viele GONGOs (NGOs, die ideologisch staatsnah sind und vom Staat finanziert werden), deren Berater auch in diese Beratungsgremien eingeladen werden würde. Es bestehe die Gefahr, dass diese Organisationen im Ausland als Vertreter der Zivilgesellschaft wahrgenommen werden. Die jüngsten Beobachtungen zeigen, dass die GONGOs ebenfalls Geld von der EU erhielten.

Die bisherigen Schritte im Dialog zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft in Belarus seien, so die beiden Referentinnen, nicht ausreichend für strukturelle Änderungen. Es bestehe die Gefahr

einer „Liberalisierungsimitation“ seitens des Staates. Dabei könnte die EU die Rolle eines Mittlers zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Belarus spielen, indem die Anforderungen der belarussischen Zivilgesellschaft über die EU-Strukturen an den belarussischen Staat „weitergeleitet“ werden. Früher war dies der Fall, heutzutage schlossen die EU-Vertreter jedoch allzu oft die Augen, so Schelest und Sinkewitsch. Grund dafür sei die Ukraine-Krise: die EU versuche, wieder konstruktive Beziehungen zum belarussischen Staat aufzubauen, damit die außenpolitische Abhängigkeit von Russland nicht zu dramatisch wird. Auch von einer strengen Trennung zwischen „sozio-kulturellen“ und Menschenrechtsorganisationen/oppositionellen Strukturen in Belarus raten beide ab: Die belarussische Zivilgesellschaft solle transsektoral als Ganzes wahrgenommen werden.

### **Dichotomie „Ost-West“**

Die Dichotomie zwischen Ost und West, die in politischen Diskursen immer präsent ist, habe für die Mehrheit der belarussischen Bevölkerung keine wirkliche Bedeutung, so Schelest. Verschiedene Umfragen zeigen, dass sich jeweils ca. 25 Prozent der Bevölkerung der „westlichen“ – bezogen auf Ostmitteleuropa – und der „östlichen“ – bezogen auf Russland – (Kultur-)Welt zugehörig fühlen, wobei ca. 50 Prozent der Befragten die Frage nicht beantworten können. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal sei vielmehr die „lokale“ vs. „globale“ Identität. Die Zuwendung der Belarussen zu Russland oder zur EU schwanke je nach außenpolitischer Situation und lasse sich ziemlich leicht beeinflussen – hier spielten vor allem die russischsprachigen Medien eine wichtige Rolle. Insgesamt sei die Bevölkerung in Belarus nicht genug über die EU und ihre Strukturen informiert. Die Union werde vor allem mit materiellen Gütern sowie mit Tourismus assoziiert. Hier gebe es für die EU und einzelne EU-Länder viel Erklärungs- und Weiterbildungspotenzial, so die Referentinnen.

### **Schlussgedanken**

Sollen externe Akteure direkt mit der belarussischen Regierung kooperieren und damit „Erfolg durch Annäherung“ sichern oder lieber offensichtliche Demokratisierungsakteure unterstützen? Die alte Frage zur richtigen Strategie der Demokratieförderung lässt sich auch heute nur schwer beantworten. Allerdings, darüber waren sich alle Teilnehmer an der Diskussion in der Europäischen Akademie Berlin einig, sei ein Dialog oder mindestens ein „Dialogversuch“ mit allen beteiligten Akteuren immer besser als eine Sanktionssprache. Die EU müsse sich ihrerseits bemühen, für die osteuropäischen Nachbarschaftsländer attraktiver zu werden. Sie sollte Belarus nicht vor die Wahl „Russland oder die EU“ stellen.

## **2. Bericht über das Minsk Forum XV: „Belarus, Deutschland und EU: Östliche Partnerschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaftsbeziehungen“, 16.-18.11.2017, Minsk\***

Der erste offizielle bilaterale Besuch eines deutschen Außenministers seit 22 Jahren in Belarus war eine wichtige Zäsur. Die Teilnahme von Vizekanzler und Bundesaußenminister **Sigmar Gabriel** und seines Amtskollegen, **Uladsimir Makej**, Außenminister der Republik Belarus, am Minsk Forum XV waren für unsere Gesellschaft und das Forum ein wichtiges Ereignis.

Mehr als 300 hochrangige Gäste, unter anderem Politiker\*innen, Diplomat\*innen, Expert\*innen und NRO-Vertreter\*innen aus Belarus, Deutschland und anderen EU-Staaten trafen sich in der belarussischen Hauptstadt auf Einladung der deutsch-belarussischen Gesellschaft (dbg) e.V., um

über aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Themen sowie über neueste Nachrichten aus Belarus zu diskutieren.

Das Minsk Forum feierte in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum. Seit seiner Gründung im Jahr 1997 gilt das Forum als eine einzigartige und offene Plattform für den Meinungs- und Ideenaustausch u.a. für die Opposition und Regierung. Außerdem spielte das Minsk Forum die Rolle einer der wenigen verfügbaren Dialogplattformen für Expert\*innen, Diplomat\*innen und Unternehmer\*innen in Zeiten des diplomatischen Stillstandes der deutsch-belarussischen Beziehungen. Symbolisch fand das diesjährige Forum im Jahr des 25. Jubiläums der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Belarus und Deutschland statt.

2017 widmeten sich die Inhalte der Panels insbesondere aktuellen Themen wie (1) Beziehungen zwischen Belarus und der EU; (2) Belarussische Modernisierung im digitalen Zeitalter; (3) Potenzial von nationalen und regionalen Kooperationen; (4) Belarussische Wirtschaft in der Globalisierung; und (5) der Bilanz der 20-jährigen Existenz des Minsk Forums.

Zahlreiche Redner\*innen trafen sich in Minsk, darunter **Andrea Wiktorin** (Leiterin der EU-Vertretung in der Republik Belarus), **Dr. Hans-Peter Hinrichsen** (Leiter des Referats für Russland, Belarus, Moldau und Östliche Partnerschaft, Auswärtiges Amt, Berlin), **Oliver Kaczmarek** (MdB, SPD-Fraktion/Stv. Vorsitzender der deutsch-belarussischen Gesellschaft e.V.), **Dr. Walery Waranezky** (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung der Republik Belarus, Minsk), **Hanna Kanapazkaja** (Ausschuss für Wirtschaftspolitik, Repräsentantenkammer der Nationalversammlung der Republik Belarus), **Anna Varyanik** (Legal Affairs Officer, Accessions Division, Welthandelsorganisation (WTO)) und **Tazjana Karatkewitsch** (Co-Vorsitzende, Bewegung „Sag die Wahrheit“).

Außenminister Makej wies auf die Rolle Deutschlands bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Belarus und der EU hin. Vizekanzler Gabriel bezeichnete die deutsch-belarussische Beziehungen als „Wunder“, die trotz der schwerwiegenden Folgen des Zweiten Weltkrieges weiterhin bestünden und sich zur Freundschaft entwickelt hätten. Zudem unterstrich Gabriel die Bedeutung von Belarus als zuverlässiger Partner der EU bei der Sicherung der EU-Außengrenze sowie die Rolle des Landes bei den Verhandlungen im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland. Darüber hinaus sprach im Rahmen einer Videobotschaft Helga Schmid, Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes, in der sie betonte, dass die EU an der Visafreiheit für Belarus interessiert sei und sich dafür einsetzen werde.

Als Gründer und Vorsitzender des Minsk Forums stellte **Prof. Dr. Rainer Lindner** in den Diskussionen des Forums sowie an dem Interesse der hochrangigen Politiker\*innen eine positive Tendenz zur Verbesserung und Stärkung der Beziehungen zwischen Belarus, Deutschland und der EU fest. Wie in jedem Jahr wurde beim Forum auch auf die Schattenseiten hingewiesen, auf die Defizite in der politischen Kultur und der Teilhabe am politischen Entscheidungsprozess in Belarus. Zu diesem Zwecke waren traditionell auch Vertreter\*innen der Opposition und der Zivilgesellschaft eingebunden.

*\*Den vollständigen Sachbericht des Minsk Forums XV finden Sie auf [www.dbg-online.org](http://www.dbg-online.org)*



### **3. Bericht über die Sitzung des Arbeitskreises Östliche Partnerschaft / Belarus, 06.03.2018, Berlin**

Den Themenschwerpunkt der Sitzung des Arbeitskreises bildete die Bewertung der aktuellen innen- und außenpolitischen Entwicklungen in Belarus im Hinblick auf die Entwicklung politischer Strategien von Seiten der EU und Deutschlands. An der Diskussion nahmen u.a. teil: **Dr. Sabine Fischer** (SWP, Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien, Moderation), **Dr. Hans-Peter Hinrichsen** (Auswärtiges Amt, Leiter des Referats 205), **Dr. Astrid Sahm** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk / deutsch-belarussische gesellschaft e.V.), **Dr. Angelique Weikum-Groß** (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie), **Daniel McCormack** (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), **Lisa Hunsinger** (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), **Annett Schwarz** (Bundesministerium für Bildung und Forschung), **Dr. Jörg Forbrig** (The German Marshall Fund), **Elke Braun** (Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft).

### **4. Bericht über die Filmvorführung, Eröffnung der Fotoausstellung und Diskussion zum Thema „Ostarbeiter: Zwangsarbeiter aus Belarus. Die Rückkehr ins Leben“, 25.04.2018, Berlin**

Ostarbeiter sind unbekannte Opfer des bekannten Krieges. Sie haben nicht nur den stalinistischen Terror in den 30er Jahren, sondern auch das national-sozialistische Besatzungsregime und eine zwanghafte Verschleppung nach Deutschland erlebt. Nach dem II. Weltkrieg wurden sie in der Sowjetunion zu Geächteten – die offizielle Propaganda referierte von ihnen meist als „Verräter“. Erst jetzt, nach über 70 Jahren, beginnen sie offen über ihre Erlebnisse zu reden.

Im Rahmen des gemeinsamen Projektes der Jugendorganisation „Historyka“ (Minsk), der deutsch-belarussischen gesellschaft e.V. (dbg), Berlin und der Organisation „DOM - deutsch-russisches Haus für Begegnung, Bildung und Kultur in Landshut e.V.“ wurde im Café „ostPost“ eine thematische Fotoausstellung eröffnet sowie ein Film (ca. 20 Min.) vorgeführt. Anschließend fand eine Diskussion mit folgenden Gästen statt: **Andrej Mastyka** (stv. Vorsitzender von „Historyka“, Leiter des Projektes „Belarussisches Archiv für mündliche Geschichte“, Minsk), **Maria Sidorova-Spilker** (Leiterin, DOM - deutsch-russisches Haus für Begegnung, Bildung und Kultur in Landshut e.V.), **Alesja Belanovich-Petz** (Historikerin, wissenschaftliche Beraterin im Projekt, Berlin) und **Olga Dryndova** (Moderation, deutsch-belarussische gesellschaft e.V.).

Zum Schluss wurden alle Gäste eingeladen, eine kleine Auswahl der osteuropäischen Köstlichkeiten zu genießen.

### **5. Bericht über die Abenddiskussion zum Thema „100 Jahre belarussische Staatlichkeit: Das Verhältnis von Staat und Nation“, 28.05.2018, Berlin**

Fragt man nach dem Gründungstag des belarussischen Staates, so gibt es darauf mindestens zwei Antworten. Folgt man der ersten, so jährte sich die Gründung von Belarus am 25. März 2018 zum 100. Mal: 1918 rief der Rat des all-belarussischen Kongresses die Volksrepublik Belarus (BNR) aus. Diese Antwort erhält man vor allem von der belarussischen Opposition und vielen belarussischen Historikern. Die offizielle Antwort lautete bisher: 1. Januar 1919. An diesem Tag wurde die Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) ausgerufen. Verschiedene Zeichen deuten jedoch darauf hin, dass auch die heutige Regierung dem 25. März 1918 inzwischen mehr

Bedeutung beimisst: Das Gebäude, in dem die Unabhängigkeit der Belarussischen Volksrepublik verkündet wurde, erhielt eine Erinnerungstafel; die Akademie der Wissenschaften widmete der Republikgründung eine Konferenz und die Bürgerinnen und Bürger feierten die Unabhängigkeitserklärung mit einem Festkonzert im Zentrum von Minsk. Darüber, wie sich das Verhältnis von Staat und Nation in Belarus im Laufe der letzten 100 Jahre entwickelt hat, diskutierten **Prof. Dr. Jan Kusber** (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), **Dr. Volha Schparaha** (European College of Liberal Arts in Belarus, ECLAB, Minsk) und **Prof. Dr. Rainer Lindner** (deutsch-belarussische gesellschaft, Berlin). Welche gesellschaftlichen und politischen Interessen verbinden sich aktuell mit dem Konzept der belarussischen Nation? Wie ordnet sich das belarussische Staats- und Nationsverständnis in den breiteren europäischen Kontext ein?

### **BNR als erster Versuch der Unabhängigkeit**

Der belarussische Nationalgedanke entstand erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts – beträchtlich später als etwa in der Ukraine oder Litauen. Er wurde erstmals im Jahr 1884 von einer Gruppe belarussischer Studenten der Petersburger Universität formuliert. Die ersten belarussischsprachigen Zeitungen – die im Russischen Reich verbotene „Homan“ und die erste legale belarussische Zeitung „Nascha Niwa“ – waren Anfang des 20. Jahrhunderts die zentralen Foren für den Austausch über die belarussische Nation. Als Anfang 1918 die Bolschewiki auf dem Rückzug vor der deutschen Armee Minsk verlassen hatten, verkündete der all-belarussische Rat im März – bereits unter deutscher Besatzung – die Unabhängigkeit der Belarussischen Volksrepublik (BNR). In einem Schreiben an Kaiser Wilhelm II. dankten die Gründerväter der BNR diesem „für die Befreiung von den Bolschewiki“. Die Deutschen erkannten den neu ausgerufenen Staat jedoch nicht an. Bereits im Dezember 1918 musste die Regierung der BNR emigrieren: Minsk wurde erneut von der Roten Armee besetzt. Die im Januar 1919 ausgerufene Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) war de facto vollständig von Moskau abhängig.

Für das Scheitern der BNR nennen Jan Kusber und Rainer Lindner mehrere Gründe. Die Idee von der belarussischen Nation sei von der Bevölkerung eher zurückhaltend aufgenommen worden. Es habe sich dabei um ein Elitenprojekt gehandelt, ohne Verwurzelung im Volk. Die Mehrheit der belarussischsprachigen Bevölkerung habe auf dem Land gelebt und keine formale Bildung gehabt. Die Stadtbevölkerung hingegen sei ethnisch gemischt gewesen: Es sei Russisch, Polnisch und Jiddisch gesprochen worden. Dass die belarussische Elite selbst keine klare Vorstellung von der Ausgestaltung des nationalen Projekts gehabt habe, sei eine zusätzliche Hürde gewesen. Schließlich habe die allgemeine politische Situation nach dem Ersten Weltkrieg dazu geführt, dass die Belarussische Volksrepublik nicht überlebensfähig war. In den 20er Jahren förderten die sowjetischen Autoritäten zwar die belarussische Sprache und Kultur, allerdings habe es sich bei der sog. „korenizacija“ (Einwurzelung) erneut um ein Projekt „von oben“ gehandelt. Stalin tat mit seiner in den 30er Jahren beginnenden Gewaltherrschaft das Übrige, die Idee eines belarussischen Nationalstaats im Keim zu ersticken.

### **Verschiedene Nationskonzepte im heutigen Belarus**

Als sich die Republik Belarus 1991 für unabhängig erklärte, war die Mehrheit der Bevölkerung darauf nicht vorbereitet. Nach wie vor sei der Nationalgedanke nur schwach ausgeprägt gewesen. Nach einer kurzen nationalen Blütezeit, in der die belarussische Sprache an Bedeutung gewonnen habe und das historische Narrativ nicht mehr nur sowjetisch- und russlandzentriert gewesen sei, habe der 1994 zum Präsidenten gewählte Aljaksandr Lukaschenka das nationale Narrativ schnell aus dem öffentlichen Raum verdrängt und einen Kurswechsel in Richtung einer „Resowjetisierung“

des gesellschaftlichen Bewusstseins begonnen. Bezugspunkt der belarussischen Staatlichkeit sei wieder die Gründung der BSSR im Jahr 1919 gewesen. Der vor-sowjetischen Geschichte von Belarus sei immer weniger Aufmerksamkeit geschenkt worden. Dagegen spielten der Zweite Weltkrieg und die Kriegserfahrung eine zentrale Rolle bei der Identitätsbildung. So feierten die Belarussen den Unabhängigkeitstag nicht etwa am 27. Juli – dem Tag der Souveränitätserklärung der BSSR im Jahr 1990 –, sondern am 3. Juli – dem Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Besatzung 1944. Erst in den letzten Jahren sei ein Kurswechsel in der staatlichen Erinnerungspolitik zu erkennen: Die Ausrufung der Belarussischen Volksrepublik werde als wichtiger Versuch anerkannt, sich als eigenständige Nation zu verwirklichen. Die belarussische Sprache und Kultur würden auf höchster politischer Ebene gewürdigt. Beobachter erklären diese Diskursveränderung als Reaktion auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine seit 2014 und verstehen sie als Strategie, sich als Nation von Russland zu emanzipieren.

Volha Schparaha erläuterte in ihrem Beitrag die Entwicklung des belarussischen Nationalgedankens seit der Unabhängigkeit. Es gebe heute zwei unterschiedliche Nationskonzepte, die in Konkurrenz zueinander stehen. Dem „ethnischen Konzept“ zufolge, das lange u. a. mit der belarussischen Opposition assoziiert wurde, sei die belarussische Nationsbildung nur auf Grundlage einer homogenen belarussischen Gesellschaft möglich. Dieses Konzept werde oft als rechtskonservativ und exklusiv kritisiert: Es schließe diejenigen aus, die kein Belarussisch sprechen oder nicht für die traditionellen Werte der Gesellschaft stehen (z. B. LGBT-Vertreter). Überdies würden die Vertreter dieses Konzepts den russischen Staat und die russische Kultur als fremd und für Belarus bedrohlich wahrnehmen. Dagegen zeichne sich das „Bürgerkonzept“, das u. a. vom Philosophen Waljantsin Akudowitsch vertreten werde, durch seinen inklusiven Ansatz aus. Akudowitsch verstehe die belarussische Gesellschaft als eine Mischung verschiedener Kulturen und warne davor, die Beherrschung der belarussischen Sprache zum Qualifikationsmerkmal für „echte Belarussen“ zu machen. Entscheidend sei vielmehr das zivile Engagement der Bürger als gemeinsame Basis.

Schparaha bemängelte die fehlende Forschung zum Thema „Nationsbildung“ in Belarus. In den existierenden Werken neigten die Autoren dazu, die Geschichte der BNR und ihre Gründer zu mythologisieren, ohne die historischen Ereignisse kritisch genug zu hinterfragen. Die junge Generation scheine an der belarussischen Kultur und Sprache interessiert zu sein, wolle sich aber kritisch mit der Geschichte auseinandersetzen und versuchen, nicht zu politisieren. In einer Studie zur nationalen Identität und Selbstwahrnehmung der Belarussen (2017) habe Maryia Rohava gezeigt, dass weder die offizielle Version der Geschichte noch das „ethnische Konzept“ unter den Befragten eine Mehrheit genießt. Die meisten Teilnehmer an der Studie verbinden mit der nationalen Identität das Territorium von Belarus und seine Natur, die Leistungen belarussischer Sportler sowie die Souveränität und internationale Anerkennung des belarussischen Staates.

Wie in vielen anderen europäischen Staaten muss sich auch die belarussische Gesellschaft mit der Frage auseinandersetzen, wie tragfähig der traditionelle Nationsbegriff noch ist. Gesellschaften können und sollten auch mehrsprachig und heterogen funktionieren.

## **6. Bericht über die Abenddiskussion zum Thema „Östliche Partnerschaft: Reformprozesse und Möglichkeiten für regionale Kooperation“, 10.10.2018, Berlin**

Mit der politischen und militärischen Eskalation zwischen Russland und der Ukraine 2014 schien die Östliche Partnerschaft (ÖP) der Europäischen Union weitgehend gescheitert. Statt, wie 2009

intendiert, Reformen und regionale Zusammenarbeit in der östlichen Nachbarschaft zu befördern, verstärkte die EU mit diesem Politikkonzept ungewollt sowohl politische Konflikte in den Zielländern als auch die Integrationskonkurrenz zwischen der EU und Russland. Inzwischen hat jedoch ein vorsichtiger Neubesinnungsprozess eingesetzt. So unterstützt die EU Georgien, Moldova und die Ukraine bei der Umsetzung von Assoziierungsabkommen. Zugleich ist sie bereit, Armenien und Belarus andere vertragliche Kooperationsformate anzubieten, welche mit der Mitgliedschaft dieser Länder in der Eurasischen Wirtschaftsunion vereinbar sind.

Über die konkrete Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern der ÖP diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Belarus, Georgien und Deutschland auf Einladung der deutsch-belarussischen Gesellschaft (dbg), der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und der Europäischen Akademie Berlin (EAB).

**Tamara Zodelava**, Mitarbeiterin der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit in Tiflis, stellte die Arbeit des Regionalfonds für Verwaltungsfragen vor. Eine der wichtigsten Aufgaben des Fonds liegt in der Stärkung der nationalen Parlamentsverwaltungen. Mit Ausnahme von Aserbaidschan haben die Parlamentspräsidenten der anderen fünf Staaten inzwischen eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Der länderübergreifende Dialog unter den Partnern der ÖP sei ein zentraler Aspekt der Arbeit des Regionalfonds. Im Rahmen dieser auf Sachfragen konzentrierten Arbeit sei auch eine Kooperation zwischen Staaten wie Armenien und Aserbaidschan möglich, die aufgrund des anhaltenden Konflikts um die Region Bergkarabach in anderen Kontexten zur Zeit nicht möglich ist.

**Mikalai Kvantiliani** aus Minsk, Sprecher des Eastern Partnership Civil Society Forum Belarus, betonte ebenfalls, dass der Austausch unter den Ländern der ÖP eine wichtige Rolle spielt. Als Beispiel dafür nannte er den Erfahrungsaustausch zwischen den wirtschaftlich relativ schwachen Staaten Belarus und Armenien über die Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion. Da Belarus Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion ist, gleichzeitig aber auch interessiert an der Zusammenarbeit mit der EU sei, bedeute dies allerdings eine Gratwanderung. Die enge Bindung zu Russland, lasse keine großen Spielräume bei politischen Entscheidungen zu.

Auch **Stephan Malerius**, Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, kritisierte die Haltung Russlands gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken. Staaten wie Moldova, die Ukraine und Belarus würden zu einer Art Zwischeneuropa degradiert. Positiv zu bewerten hingegen sei die Entwicklung einer eigenen regionalen Identität der Staaten des Kaukasus.

Sehr positiv bewertete **Kvantiliani** die im Rahmen der ÖP erfolgte Lockerung der Visafreiheit und die damit verbundene Öffnung des Staates. Diese Öffnung habe auch die Entwicklung und das Wachstum der digitalen Märkte beeinflusst. Darüber hinaus gebe das Programm der ÖP auch zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Stimme. Diese seien im Gespräch mit den Außenministern der Länder der ÖP. Trotzdem sei die Situation in Belarus nach wie vor unbefriedigend. Die Gründung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) sei weiterhin schwierig. Vor allem Menschenrechtsorganisationen würden weiterhin in ihrer Arbeit behindert und nicht registrierte NRO unter Strafe gestellt. Meinungsfreiheit sei daher nicht gegeben.

**Malerius** betont, dass es zwar wenige eigenständige und tatsächlich im zivilgesellschaftlichen Sinne agierende NRO in den Staaten der ÖP gebe, doch durch die Zusammenarbeit und die EU-Förderung, sowie Dienstleistungs- und Zuschussprojekte sei der Wille zu weiterer Kooperation gewachsen. Allerdings sei die Förderbedingung der EU, Partner auf lokaler Ebene unmittelbar in

die Projektarbeit einzubeziehen, schwierig umzusetzen, da die Standards für die Mittelverwaltung zu hoch seien. Außerdem könnten die Programme nicht in allen Staaten umgesetzt werden. So ist in Aserbaidschan die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Staat nicht möglich. Die EU gebe inzwischen zwar erheblich mehr Mittel für zivilgesellschaftliche Projekte aus. Es bleibe aber unklar, welche strategischen Ziele sie damit verfolge.

Abschließend gebe es noch zu klärende Fragen, die während der Podiumsdiskussion und der anschließenden Diskussionsrunde nicht gänzlich beantwortet werden konnten. Was geschieht nach den vereinbarten Zielen der ÖP bis zum Jahr 2020? Gibt es mittlerweile eine EU-Frustration? Sind die Zivilgesellschaften in der Lage den proeuropäischen Kurs beizubehalten? Diese Fragen müssten noch zeitnah beantwortet werden, um eine weitere Zusammenarbeit aufrecht zu erhalten. Astrid Sahm zufolge, sei die ÖP mühsam, gleichzeitig werde aber konkret und konzentriert gearbeitet. Probleme könne man nur gemeinsam lösen.

Die Frage, ob die wachsende gesellschaftliche Unzufriedenheit innerhalb der EU sich auch auf die Gesellschaften in den Staaten der ÖP auswirkt, verneinte **Tamara Zodelava** mit Blick auf Georgien. In Georgien seien inzwischen auch einige Vertreterinnen und Vertreter aus dem NRO-Sektor in die Politik gegangen. Dies habe sich positiv auf die Zusammenarbeit von politischen und gesellschaftlichen Akteuren ausgewirkt. Wie hoch die Attraktivität der EU in den anderen Gesellschaften der ÖP heute ist, blieb offen.

## **7. Bericht über das Minsk Forum XVI „Belarus und die EU – Die Zukunft der Partnerschaft: Dialog, Entwicklung, Digitalisierung“, 22.-24.11.2018, Minsk\***

Mehr als 300 hochrangige Gäste, unter anderem Politiker, Diplomaten, Experten und NRO-Vertreter aus Belarus, Deutschland und weiteren EU-Staaten trafen sich in der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte Minsk „Johannes Rau“ in der belarussischen Hauptstadt auf Einladung der deutsch-belarussischen gesellschaft e.V. (dbg) zum Minsk Forum XVI. Unter dem Motto "Dialog-Development-Digitization" diskutierten die Gäste die Beziehungen zwischen Belarus, Deutschland und der EU.

Seit seiner Gründung im Jahr 1997 gilt das Minsk Forum als eine einzigartige Plattform für den Meinungs- und Ideenaustausch für die Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft in Belarus sowie der Nachbarstaaten und der EU. Vertreter der Regierung, der Opposition, der Zivilgesellschaft, der Kultur und der Wirtschaft schätzen das offene Dialogformat. Der Vorsitzende des Minsk Forums, **Prof. Dr. Rainer Lindner**, würdigte in seiner Eröffnungsrede die Schritte der Annäherung zwischen Deutschland und Belarus im politischen Jahr 2018 sowie die konstruktive Rolle von Belarus im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU. Hier gelte es im kommenden Jahr 2019 Bilanz zu ziehen nach 10 Jahren Östlicher Partnerschaft.

Erstmals nahmen **Aleh Krauchanka**, Stellvertretender Außenminister der Republik Belarus; **Dirk Wiese**, MdB, Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Bundesregierung; **Botschafter Michael Siebert**, Beauftragter für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt; **Botschafter Jan Hofmohl**, Direktor für Osteuropa und Beauftragter für die Östliche Partnerschaft, Außenministerium der Republik Polen, am Minsk Forum teil. Der Schirmherr des Minsk Forums, **Peter Dettmar**, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, und **Andrea**

**Wiktorin**, Leiterin der Vertretung der Europäischen Union in der Republik Belarus, wurden für Ihre langjährige Unterstützung des Minsk Forums gewürdigt.

"Das Minsk Forum hielt die Kommunikationskanäle stets offen, selbst in den schwierigsten Zeiten", so der stv. Außenminister der Republik Belarus Krauchanka. „Im Zentrum unserer Bemühungen sollte der Abschluss der Vereinbarung über Partnerschaft und Zusammenarbeit stehen“, so der Krauchanka über die Beziehungen zwischen Belarus und der EU. Hinsichtlich der Beziehungen zu Deutschland sprach er von einer "positiven Dynamik unserer Beziehungen". Der Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit Dirk Wiese drückte seine Hoffnung hinsichtlich einer Mitgliedschaft von Belarus im Europarat aus, sobald dafür die Voraussetzungen geschaffen wurden.

Im Zentrum der Fachdiskussionen standen die Möglichkeiten für regionale Kooperation sowie Fragen der Bürgerbeteiligung und der lokalen Verwaltung; die Chancen für E-Governance und Open Data in Belarus; die wirtschaftlichen Perspektiven von Belarus bei Mobilität, Logistik und Handel. Im kommenden Jahr soll dazu eine Veranstaltung zu Belarus an der Neuen Seidenstraße stattfinden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Kultur und die Chancen und Risiken der Digitalisierung in Belarus, Deutschland und Polen. Mit der (Selbst-)Positionierung von Belarus in den internationalen Beziehungen und den Chancen des Nation Branding befasste sich die Abschlussdiskussion. Das Außenministerium der Republik Belarus informierte dabei über die neuen EU-Visabestimmungen während der European Games 2019 in Minsk, um Belarus gegenüber seinen internationalen Gästen als ein sicheres und offenes Land zu präsentieren.

Am Rande des Minsk Forums empfing der Außenminister der Republik Belarus **Uladsimir Makej** den Vorsitzenden der deutsch-belarussischen gesellschaft e.V. (dbg) und des Minsk Forums Prof. Dr. Rainer Lindner zu einem bilateralen Austausch zu den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder. Das Minsk Forum soll im kommenden Jahr, dem Jahr des 20-jährigen Bestehens der dbg, fortgesetzt werden.

*\* Den vollständigen Sachbericht des Minsk Forums XV finden Sie auf [www.dbg-online.org](http://www.dbg-online.org)*